CDU BREMEN-NORD

kompetent. fair . innovativ

Antrag der Beiratsfraktion der CDU
für die Sitzung des Beirates Blumenthal
am 13.02.2012

Besteuerung von Sport- und Freizeitwaffen im Land Bremen verhindern

Der Beirat Blumenthal
fordert den Senat auf, sich eindeutig gegen eine [von der SPD-Bürgerschaftsfraktion geforderte] Besteuerung von Sport- und Freizeitwaffen (Schützenvereine, Wassersport, Jägerschaft, usw.) im Land Bremen auszusprechen, um damit keinen zusätzlichen Anreiz für illegalen Waffenbesitz zu schaffen und der Diskriminierung von Waffenbesitzern sowie der Abzocke von Sportschützen entgegenzuwirken.
Der Besitz und die damit verbundene Aufbewahrung von Schusswaffen und Munition sind in Deutschland zu Recht nur unter strengen und in der Regel auch kostspieligen Auflagen erlaubt. In Bremen obliegt dem Innenressort die Überprüfung der ordnungsgemäßen Führung und Lagerung der angemeldeten Sport- und Freizeit- und Schusswaffen. Die [von der SPD] geforderte Besteuerung des Schusswaffenbesitzes würde auch auf Grund der in rede stehenden Höhe von 300 € pro Waffe unweigerlich den Anreiz erhöhen, Waffen illegal zu erwerben bzw. den Besitz nicht ordnungsgemäß anzumelden, um somit die Zwangsabgabe zu umgehen. Das engmaschige staatliche Netz aus Kontrollen würde in diesen Fällen nicht mehr greifen, da natürlich nur registrierte Waffenbesitzer überprüft und bei Verstößen gegebenenfalls auch sanktioniert werden können. Das Gefahrenpotential, welches der unsachgemäße Umgang und die Lagerung von Schusswaffen mit sich bringen, würde unkalkulierbar werden.
Besonders betroffen wären die, in zahlreichen Vereinen organisierten, Sportschützen, Bootsinhaber, Jägerschaften, usw. in Bremen, welche mit ihrem regen Vereinsleben und ihrer Traditionspflege das kulturelle Leben auch in Blumenthal bereichern. Gerade Sportschützen und Jäger, die meist mehr als eine Waffe besitzen und durch die Verschärfungen des Waffenrechts in den vergangenen Jahren bereits erheblich in die sichere Aufbewahrung ihrer Waffen investieren mussten, würden durch die Besteuerung von Schusswaffen in der Ausübung ihres Hobbys behindert und finanziell noch stärker belastet. Gleiches gilt für die Vereine selbst, die ebenfalls oftmals eigene Waffen besitzen. Der Umstand, dass die meisten Schützenvereine als gemeinnützig gelten und somit von Steuern weitestgehend befreit sind, wäre durch die Einführung einer Waffensteuer ad absurdum geführt.
Eine Besteuerung von Schusswaffeninhabern, die diese für ihren Beruf benötigen und sich anschaffen, könnten einer Abgabensteuer verkraften, da sie diese für ihre Ausübung der Arbeit benötigen und somit ihr Geld verdienen, jedoch auch nur eine „Einmalige Grundbesteuerung von max. 25 €/Mon. für alle ihrer Schusswaffen und nicht für jede einzelnen.

Antragsteller: Ralf Schwarz , Hans-Gerd Thormeier und Fraktion der CDU Blumenthal

CDU Kreisverband Bremen-Nord
CDU Beiratsfraktion Blumenthal
Georg-Gleistein-Straße 51
28757 Bremen